

Höchstmaß an Sicherheit für Lebensmittel gewährleisten



Die Unionsfraktion im Bundestag begrüßt das Verhandlungsergebnis von Ministerin Aigner und den Ministern der Länder ausdrücklich. Der Aktionsplan ist ein wichtiger Schritt, um das im Zuge der Dioxin-Krise verloren gegangene Vertrauen der Verbraucher und der internationalen Handelspartner in die hohe Qualität der deutschen Lebensmittel zurückzugewinnen. Durch kriminelles Handeln wurden Hunderttausende Landwirte, Verarbeiter und Futtermittelhändler zu Geschädigten.

Die gestrige Vereinbarung ist ein großer Erfolg von Bundesministerin Ilse Aigner, die gemeinsam mit der Regierungskoalition in den vergangenen Wochen konsequent auf die Verbesserungen der Futter- und Lebensmittelsicherheit hingearbeitet hat. Nicht nur die Dioxin-Funde als solche, sondern auch die Polemik der Opposition haben zur Verunsicherung der Verbraucher und zur Kaufzurückhaltung geführt. Auch die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft erlitt dadurch großen Schaden. Dagegen handelte Bundesministerin Aigner genau in der richtigen Reihenfolge:

1. Schwachstellen in der Futtermittelkette und bei der Überwachung wurden eingegrenzt.
2. Lieferwege wurden und werden überprüft, um belastete Futter- und Lebensmittel in Zusammenarbeit mit den Bundesländern schnell aus dem Verkehr zu ziehen. Somit halten wir mögliche gesundheitliche Schäden von den Verbrauchern fern.
3. Wirksame Maßnahmen werden eingeleitet, die solche Vorfälle in Zukunft unwahrscheinlicher machen und die Transparenz für die Verbraucher optimieren.

Der gestern vereinbarte Aktionsplan enthält eine ganze Reihe von Maßnahmen, die das Sicherheitsniveau für Futter- und Lebensmittel noch einmal erhöhen. Damit wird unser Futtermittelrecht das anspruchsvollste und strengste der Welt.

Zum Aktionsplan gehören:

- Verschärfung der Zulassungsbedingungen für Futtermittelproduzenten;
- Trennung der Produktionsströme;
- Nachweis der Unbedenklichkeit ihrer Ware durch die Hersteller von Futterbestandteilen wie Futterfetten, bevor sie in die Futtermittelkette gelangen.
- Die Bundesregierung geht aber noch weiter im vorsorgenden Verbraucherschutz, in dem sie die Verbraucher zukünftig noch besser informiert.
- Wir sorgen im Rahmen der Überarbeitung des Verbraucherinformationsgesetzes dafür, dass Verbraucher schneller informiert werden.
- Auf der Seite www.lebensmittelwarnung.de sollen Verbraucher zukünftig öffentliche Warnungen zentral abrufen können.

Das gute Verhandlungsergebnis entlarvt die fadenscheinige Strategie der Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag: In zahlreichen Sondersitzungen haben die Vertreter des Bundeslandwirtschaftsministeriums und der Bundesländer alle Fakten auf den Tisch gelegt. Die Opposition behauptete dennoch, sie bekomme keine Informationen und das Bundesministerium mache keine konkreten Vorschläge. Die gestrigen Verhandlungen zeigen aber auch die durchschaubare Strategie der SPD: Einerseits fordert die Bundestagsfraktion von der Bundesregierung weitergehende Maßnahmen. Auf der anderen Seite lehnen gerade die SPD-geführten Bundesländer wie Rheinland-Pfalz eine Kompetenzübertragung an den Bund ab. Das ist mehr als unglaubwürdig.

Foto: AOK-Mediendienst

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



das politische Jahr 2011 hat ereignisreich begonnen: Der Dioxin-Skandal hat viele Landwirte in eine unverschuldete Notlage gebracht und die Verbraucher verunsichert. Zur Bekämpfung von kriminellen Machenschaften ist es trotz insgesamt guter und

verantwortungsvoller Nahrungsmittelproduktion in Deutschland angezeigt, Futter- und Lebensmittelsicherheit weiter zu verbessern. Dies wird mit dem zwischen Bund und Ländern vereinbarten Maßnahmenplan für schärfere Kontrollen und mehr Transparenz zeitnah umgesetzt. So wird unser Futtermittelrecht nun das anspruchsvollste und strengste der Welt.

Mit der Mainzer Erklärung hat die Union zum Jahresauftakt ein Konzept für die Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland vorgelegt, zu dem wir uns im Gegensatz zu den Grünen klar bekennen. Über Jahrzehnte hat sich in unserem Land eine vielfältige Industrielandschaft entwickelt - die Grundlage für Beschäftigung und Wohlstand. Mit Automobilbau, Maschinenbau und Chemie haben wir starke Leitbranchen, die zu den besten der Welt gehören und global agieren. Nach den anstehenden Landtagswahlen in diesem Jahr wollen wir unsere erfolgreiche Standortpolitik fortsetzen oder mit Übernahme der Regierungsverantwortung die Branchen stärken.

Und nicht zuletzt: In Nordrhein-Westfalen hat in dieser Woche die Nachricht des Landesverfassungsgerichts wie eine Bombe eingeschlagen: Eine einstweilige Anordnung verbietet der Regierung Kraft eine Kreditaufnahme auf Basis des Nachtragshaushaltes 2010. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist die rot-grüne Minderheitsregierung nun aufgerufen, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen, anstatt weiter unverantwortliche Schuldenpolitik zu betreiben!

Mein Büro erhielt in dieser Woche Besuch aus dem Kreis Warendorf: Der Vorsitzende des Kreisverbandes der Jungen Union Michael Sendker, der stellvertretende JU-Kreisvorsitzende Ugur Dogan sowie der Autor, Journalist und Integrationsbeauftragte des Kreises Gütersloh Cemil Sahinöz erörterten mit der Bundeskanzlerin Initiativen zur Integrationspolitik.

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters

Ihr



Reinhold Sendker MdB

Eckpunkte des BMJ zur Vorratsdatenspeicherung völlig unzureichend

Die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ist nach wie vor geltendes Recht, zu deren Umsetzung ist Deutschland verpflichtet



Die Bundesjustizministerin hat nunmehr Eckpunkte zur Reform der Vorratsdatenspeicherung vorgelegt. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Günter Krings MdB:

„Eine schnelle und wirksame gesetzliche Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung ist dringend notwendig. Das Bundeskriminalamt, alle Generalstaatsanwälte und die Generalbundesanwältin, der Deutsche Richterbund, kurz gesagt: alle, die von der Materie etwas verstehen und Verantwortungsbewusstsein für eine funktionierende Strafrechtspflege verspüren, teilen diese Bewertung. Das gegenwärtige Fehlen einer solchen Regelung führt dazu, dass auch schwerste Straftaten nicht aufgeklärt werden können.“

Die von Frau Leutheusser-Schnarrenberger jetzt unterbreiteten Vorschläge genügen diesen Anforderungen nicht im Ansatz. Das gilt insbesondere für das sogenannte ‚Quickfreeze-Verfahren‘, das zudem noch ‚anlassbezogen‘ sein soll. Eine solche Regelung bleibt weit hinter den europarechtlichen Vorgaben zurück. Die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ist nach wie vor geltendes Recht, zu deren Umsetzung ist Deutschland verpflichtet. Dennoch hoffen wir nach wie vor, dass in den Gesprächen mit dem Koalitionspartner eine Einigung erzielt werden kann.

Unsere Haltung ist klar: Die jetzt vorgeschlagene Regelung würde die Verfolgbarkeit von Straftaten letztlich dem reinen Zufall überlassen. Letztlich würde es vom jeweiligen Provider abhängen, ob er die Daten speichert oder nicht. Sind keine Daten vorhanden, kann auch nichts ‚eingefroren‘ werden. Deshalb sieht auch das Bundesverfassungsgericht ein solches ‚Quick-freeze-Verfahren‘ nicht als geeigneten Ersatz für eine Vorratsdatenspeicherung an.

Ausdrücklich als Schritt in die richtige Richtung zu begrüßen ist jedoch die Erkenntnis des BMJ im Bereich der Internetdaten. Erstmals wird eingeräumt, dass insbesondere zur Bekämpfung der Kinderpornographie im Internet eine Speicherung von Bestandsdaten (also auch eine Vorratsdatenspeicherung) erforderlich ist. Die hierfür vorgesehene Frist von sieben Tagen ist allerdings viel zu kurz.“

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan

Die afghanische Regierung will bis Ende 2014 schrittweise die Sicherheitsverantwortung für ihr Land übernehmen. Den Rahmen hierfür bilden die Beschlüsse der Londoner Konferenz (Januar 2010) und der Kabul-Konferenz (Juli 2010), die im Rahmen des NATO-Gipfeltreffens in Lissabon (November 2010) bekräftigt wurden.

Der VN-Sicherheitsrat hat das Mandat, das Grundlage des deutschen Engagements ist, am 13. Oktober 2010 auf inhaltlich unveränderter Grundlage bis zum 13. Oktober 2011 verlängert. Für das Mandat beantragt die Bundesregierung eine Laufzeit bis zum 31. Januar 2012 in der Erwartung, dass der Sicherheitsrat den ISAF-Einsatz vor Ablauf erneut verlängern wird.

Die Bundesregierung hat mit dem Fortschrittsbericht Afghanistan auf Anregung unserer Fraktion eine umfassende Darstellung und Bewertung des deutschen Engagements vorgelegt. Der Bericht unterstreicht die Notwendigkeit weiteren Engagements im Rahmen der 2010 beschlossenen Neuausrichtung („Übergabe in Verantwortung“) des Einsatzes.

Zur Abzugsperspektive: „Die Bundesregierung ist zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können und wird dabei jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung nutzen, soweit die Lage diese erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 01/2011
20. Januar 2011

Landesgruppe NRW
der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email: fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion:
Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck

www.cdu-landesgruppe-nrw.de